



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM**114,33 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS**59,41 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZITAT DES TAGES

„Tankstellen müssen Unsicherheiten im Tagesverlauf einkalkulieren und könnten daher Preisaufschläge vorsorglich höher ansetzen.“

WINDKRAFT

Vergleich zu Offshore-Windpark Gennaker beendet Rechtsstreit

GAS

Versorgungsausfälle bis zu 48 Milliarden kWh kompensierbar

STROMNETZ

Leitsystem soll weitgehende Automatisierung ermöglichen

Daniel Kaddig, Hauptgeschäftsführer des BFT befürchtet, dass sich durch das vom Bundeskabinett beschlossene Kraftstoffmaßnahmenpaket das durchschnittliche Preisniveau an den Tankstellen erhöhen wird.

Inhalt

TOP-THEMA

→ **VERANSTALTUNG:** Netzanschluss bleibt Engpass der Energiewende

POLITIK & RECHT

- **WINDKRAFT:** Vergleich zu Offshore-Windpark Gennaker beendet Rechtsstreit
- **POLITIK:** Kraftstoffgesetz sorgt für geteiltes Echo
- **WÄRME:** Bund öffnet Schatulle für Tübinger Großwärmepumpe
- **KLIMASCHUTZ:** Von der Leyen will 30 Milliarden für grüne EU-Industrie

HANDEL & MARKT

- **GAS:** Versorgungsausfälle bis zu 48 Milliarden kWh kompensierbar
- **VERBÄNDE:** Massive Kritik am Kraftstoffpaket
- **GAS:** Erdgasleitung zu LNG-Terminal genehmigt
- **STATISTIK DES TAGES:** Netzentgelte für Strom in Deutschland von 2010 bis 2025

TECHNIK

- **STROMNETZ:** Leitsystem soll weitgehende Automatisierung ermöglichen

- **STROMSPEICHER:** „Battery Lab“ soll Technologietransfer in die Praxis beschleunigen
 - **WINDKRAFT ONSHORE:** Repowering in Löberitz beginnt
-

UNTERNEHMEN

- **BILANZ:** PNE-Prognose für 2026 höher als Analystenschätzungen
 - **PERSONALIE:** Entega-Vorstand verlässt das Unternehmen
 - **PERSONALIE:** Ralf Libuda wird neuer Chef in Detmold
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** CO2-Anstieg überlagert schwächere Energiepreise
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Netzanschluss bleibt Engpass der Energiewende



Energienstammtisch des Ikem mit Addleshaw Goddard. Quelle: Susanne Harmsen

VERANSTALTUNG. Beim Berliner Energiestammtisch diskutierten Juristen die Folgen neuer Regeln für Netzanschlüsse und Netzausbau. Weiter offen sind zentrale Fragen zur Kostenverteilung und Regulierung.

Nach dem Außerkrafttreten der Stromnetzzugangsverordnung Ende 2025 hat die Bundesnetzagentur bereits mehrere Festlegungen zum Zugang zu Stromnetzen getroffen. Offene Fragen bestehen jedoch weiterhin beim Netzanschluss. Diese sollen ein geplanter Gesetzentwurf zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes klären. Dieses Thema stand im Mittelpunkt des Berliner Energiestammtischs vom Ikem (Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität) am 19. März.

Boris Scholtka, Partner und Leiter der Energierechtspraxis bei der internationalen Wirtschaftskanzlei Addleshaw Goddard und die Rechtsanwältin Franziska Rothe eröffneten die Diskussion mit einem Überblick über den aktuellen Stand. Scholtka zufolge bleibt der Netzausbau eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende. Das bestehende Stromnetz sei für eine zentrale Versorgung mit wenigen Großkraftwerken ausgelegt. Die zunehmende Dezentralisierung und Elektrifizierung führe dagegen zu einem steigenden Bedarf an Netzkapazitäten und neuen Anschlüssen.

Laut Bundesnetzagentur besteht ein Ausbaubedarf von rund 16.800 Kilometern Höchstspannungsleitungen, davon liegen etwa 9.500 Kilometer in ihrer Zuständigkeit. Bis 2030 sollen 4.149 Kilometer in Betrieb gehen. Langfristig plant die Behörde bis 2045 rund 26.000 Kilometer neue Leitungen. Der Netzentwicklungsplan 2037/2045 (Version 2025) beziffert die Investitionen auf der Übertragungsnetzebene je nach Szenario auf 360 bis 390 Milliarden Euro. Hinzu kommen erhebliche Investitionen in die untergeordneten Netze von 220 Milliarden Euro.

Klarheit schaffen

Für den Netzanschluss gelten laut Scholtka klare formale Voraussetzungen: Antrag, Nachweis der technischen Anschlussfähigkeit und eine positive Netzverträglichkeitsprüfung. Netzbetreiber müssen die Bedingungen diskriminierungsfrei und transparent gestalten. Eine Ablehnung ist nur möglich, wenn der Anschluss technisch oder wirtschaftlich nicht zumutbar ist.

In der Praxis erfolgte die Vergabe von Netzanschlüssen bislang häufig nach dem Prinzip „first come, first served“. Ab dem 1. April dieses Jahres wollen die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) ein sogenanntes Reifegradverfahren einführen. Projekte werden dann anhand von Kriterien wie Genehmigungsstand, Flächensicherung und technischer Ausgestaltung bewertet. Zusätzlich fließen Systemnutzen und Leistungsfähigkeit des Antragstellers ein. Für Anträge ist eine Pauschale von 50.000 Euro vorgesehen, später kann eine Realisierungskaution hinzukommen.

Zentrales Problem bleibt aus Sicht der Referenten die Verbindung von regulatorischen Vorgaben mit der betrieblichen Realität. Verzögerungen durch fehlende Netzkapazitäten erhöhen die Finanzierungskosten für Projekte. BESS (Batterieelektrische Speichersysteme) sollen neue Regelungen für Anlagen über 100 MW bekommen, darunter einen Wegfall der Netzentgeltbefreiung, die eigentlich noch bis 2028 gilt. Bestehende Projekte sollen nach aktuellem Stand in das neue System überführt werden, während bereits zugesagte Kapazitäten gültig bleiben, sagte Scholtka.

Redispatchkosten senken

Für 2025 werden Redispatchkosten von rund 2,7 Milliarden Euro erwartet. Diese versucht das Netzpaket aus dem Bundeswirtschaftsministerium zu senken. Es wurde in einem Referentenentwurf an die Öffentlichkeit gebracht, obwohl es noch keinen offiziellen Gesetzentwurf gibt, sagte Rechtsanwältin Franziska Rothe. Der Entwurf sieht unter anderem vor, Baukostenzuschüsse künftig auch für Erzeugungsanlagen zu ermöglichen und regional zu differenzieren.

Zudem könnten Netzbetreiber Gebiete als kapazitätslimitiert ausweisen. Neue Anlagen müssten dann unter Umständen Redispatchrisiken tragen, ohne dafür entschädigt zu werden. Ziel ist es, Kosten zu senken und den Zubau stärker an verfügbare Netzkapazitäten zu koppeln. Weitere geplante Regelungen betreffen standardisierte Anschlussverfahren, Priorisierungskriterien sowie mehr Transparenz über verfügbare Kapazitäten. Netzbetreiber sollen entsprechende Informationen zentral veröffentlichen, um Investitionsentscheidungen zu erleichtern.

In der Branche stoßen diese Ansätze teilweise auf Kritik. Verbände sehen grundlegende Prinzipien wie den Einspeisevorrang unter Druck und warnen vor möglichen Auswirkungen auf den Ausbau erneuerbarer Energien. Insbesondere die geplante Ausweisung kapazitätslimitierter Netzgebiete gilt als umstritten.

Scholtka betonte abschließend, dass Netzanschluss und Netzausbau weiterhin zentrale Herausforderungen bleiben. Es brauche mehr Transparenz, schnellere Verfahren und einen engen Austausch zwischen allen Beteiligten. Ohne strukturelle Reformen drohten Verzögerungen und steigende Kosten, die sowohl Unternehmen als auch Verbraucher belasten könnten. Gleichzeitig müssten ausreichende Investitionsanreize für Netzbetreiber erhalten bleiben. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



SOPTIM WEBINAR:
CHANCEN IM GAS
BILANZKREISMANAGEMENT,
AUSGLEICHSENERGIE
WAR GESTERN.

25. MÄRZ 2026, 11 – 12 UHR

soptim

ZUM WEBINAR ANMELDEN ➔



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Georg Eble

Vergleich zu Offshore-Windpark Gennaker beendet Rechtsstreit

WINDKRAFT. Ein Vergleich zwischen dem Nabu und Skyborn soll den Streit um den Offshore-Windpark Gennaker beenden. Vereinbart wurde eine Begleitforschung über gesetzliche Vorgaben hinaus.

Der Naturschutzbund Deutschland („NABU“) und die Projektgesellschaft OWP Gennaker haben ihren langjährigen Konflikt um den geplanten Offshore-Windpark Gennaker in der Ostsee beigelegt. Beide Seiten hätten sich auf einen Vergleich verständigt, der zusätzliche Maßnahmen zum Natur- und Artenschutz vorsieht und zugleich bestehende rechtliche Auseinandersetzungen beendet, teilte Skyborn Renewables, die Muttergesellschaft von OWP Gennaker mit.

Kern der Vereinbarung ist eine mehrjährige Begleitforschung für den Offshore-Windpark, die laut Skyborn über die bestehenden Genehmigungsaufgaben hinausgeht. Untersucht werden sollen unter anderem Auswirkungen des Windparks auf Zugvögel, Fledermäuse und Meeresenten. Ziel sei es, auf Basis von Daten Kriterien zu entwickeln, die sowohl dem Artenschutz als auch einem wirtschaftlichen Betrieb Rechnung tragen.

Im Gegenzug verpflichtet sich der Nabu laut Mitteilung zu einem dauerhaften Rechtsfrieden. Bereits eingelegte Rechtsmittel gegen Genehmigungen des Projekts würden zurückgenommen. Damit entfällt ein wesentliches Hindernis für die weitere Umsetzung des Vorhabens, das seit Jahren umstritten ist. Umweltverbände hatten wiederholt auf mögliche Risiken für sensible Vogelarten und marine Lebensräume hingewiesen.

Geplant sind 976,5 MW installierte Leistung

Das Forschungsprogramm umfasst mehrere Bausteine. So sollen etwa Fledermausaktivitäten in Abhängigkeit von Wetterbedingungen erfasst werden, um Abschaltalgorithmen für Anlagen zu optimieren. Beim Vogelzug ist vorgesehen, verschiedene Erfassungssysteme zu kombinieren, um Flugbewegungen und Kollisionsrisiken genauer zu analysieren. Ein weiterer Forschungsschwerpunkt liegt auf dem Verhalten von Kranichen im Umfeld der Anlagen. Ergänzend sind Untersuchungen zur Nutzung von Lebensräumen durch Meeresenten geplant.

Skyborn erklärte, die Einigung sei das Ergebnis intensiver Gespräche und ein wichtiger Schritt für das Projekt. Unternehmenschef Patrick Lammers wird mit den Worten zitiert, man habe eine gemeinsame Lösung für einen naturverträglichen Ausbau der Offshore-Windenergie gefunden. Darüber hinaus heißt es von Seiten des Unternehmens, die Vereinbarung zu Gennaker sei „ein weiteres Beispiel für den Anspruch des Unternehmens, ökologische Verantwortung und erneuerbare Energiegewinnung miteinander zu verbinden“.

Der Offshore-Windpark Gennaker soll mit einer geplanten Leistung von bis zu 976,5 MW der größte seiner Art in der deutschen Ostsee werden. Das Gebiet liegt rund 15 Kilometer vor der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst und befindet sich laut Skyborn „in einem ausgewiesenen Vorranggebiet für Offshore-Windenergie im Küstenmeer von Mecklenburg-Vorpommern“. Die ursprüngliche Baugenehmigung hatte das Unternehmen, das über die exklusiven Entwicklungs- und Betreiberrechte für dieses Gebiet verfügt, bereits im Mai 2019 erhalten. Die Inbetriebnahme ist derzeit für das Jahr 2028 vorgesehen.

Skyborn Renewables hat einen Hauptsitz in Hamburg und deckt mit seinen Aktivitäten die gesamte Wertschöpfungskette bei der Offshore-Windkraft ab, einschließlich Greenfield-Entwicklung, Projektengineering und -design, Beschaffung, Finanzierung, Corporate Power Purchase Agreements, Bauleitung sowie Asset Management. Skyborn gehört zu Global Infrastructure Partners in New York. Diese Gesellschaft ist Teil der Investmentgesellschaft Blackrock. // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

Kraftstoffgesetz sorgt für geteiltes Echo



Quelle: Fotolia / JFL Photography

POLITIK. Sachverständige haben im Bundestag die Pläne von Union und SPD zur Regulierung von Kraftstoffpreisen bewertet und unterschiedliche Wirkungen sowie weiteren Handlungsbedarf benannt.

In einer öffentlichen Anhörung des Energieausschusses im Bundestag haben Sachverständige die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung unterschiedlich beurteilt. Union und SPD wollen mit einem Entwurf für ein Kraftstoffpreisanpassungsgesetz das Kartellrecht verschärfen und Preisanpassungen an Tankstellen begrenzen.

Künftig sollen Tankstellen Preise nur noch einmal täglich um 12 Uhr anheben dürfen, während Senkungen jederzeit möglich bleiben. Zudem soll das Bundeskartellamt leichter gegen marktbeherrschende Unternehmen vorgehen können. Bei stark steigenden Preisen ist eine Umkehr der Beweislast vorgesehen: Unternehmen müssten dann darlegen, dass Preiserhöhungen sachlich gerechtfertigt sind.

Unterstützung erhielt der Entwurf vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Sein Vertreter Frederik Moch erklärte, der Entwurf greife zentrale Vorschläge des Verbandes auf. Gleichzeitig forderte er weitergehende Maßnahmen. Dazu zählen eine Übergewinnsteuer zur Abschöpfung ungerechtfertigter Gewinne sowie eine Reform der Pendlerpauschale hin zu einem einkommensunabhängigen Mobilitätsgeld. Zudem schlägt der Verband eine Energiekostenpauschale von 150 Euro pro Kopf vor. Eine Senkung der CO₂-Abgaben lehnt der DGB mit Verweis auf den Klimaschutz ab.

Kritischer äußerten sich einzelne Ökonomen zu Details des Vorhabens. Tomaso Duso, Mitglied der Monopolkommission verwies darauf, dass hohe Rohölpreise weiterhin maßgeblich für hohe Kraftstoffpreise seien. Die Begrenzung von Preiserhöhungen könne jedoch für mehr Orientierung sorgen und die Preisdynamik dämpfen.

Duso regte an, den Zeitpunkt für Preiserhöhungen in die Abendstunden zu verlegen oder unterschiedliche Regelungen in den Bundesländern zu testen. Tankrabatte, Preisbremsen und Steuersenkungen lehnte er ab, da sie strukturelle Probleme nicht lösten. Die geplante Beweislastumkehr im Kartellrecht bewertete er kritisch.

Auch Julius Haucap vom Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie an der Heinrich-Heine-Universität sprach sich dafür aus, Preiserhöhungen eher in die Abendstunden zu verlegen. Er warnte laut Anhörung vor zu schnellen Eingriffen in den Markt und empfahl ein schrittweises Vorgehen. Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung sei grundsätzlich geeignet, um mit verhältnismäßigen Mitteln auf die aktuelle Situation zu reagieren.

Die Verbraucherzentrale Bundesverband, eine Interessenvertretung der Verbraucher mit Sitz in Berlin, begrüßte die geplanten Schritte, hält sie jedoch für nicht ausreichend. Vorstandsmitglied Jutta Gurkmann verwies auf die hohe Belastung der Haushalte und mögliche Preissteigerungen auch bei Lebensmitteln. Sie sprach sich für eine staatliche Preisbeobachtungsstelle aus. Steuerentlastungen bei Kraftstoffen lehnt die Organisation ab, da diese häufig nicht vollständig weitergegeben würden. Stattdessen schlägt sie eine Senkung der Stromsteuer vor.

Weitere Maßnahmen vorgeschlagen

Jens-Uwe Franck von der Universität Mannheim bewertete die Verschärfung des Kartellrechts als nachvollziehbar. Sie könne helfen, Verfahren gegen möglichen Missbrauch zu erleichtern. Die Umkehr der Beweislast sei aus seiner Sicht tragbar, werde jedoch vor allem einen abschreckenden Effekt haben. Bei der Regulierung der Preisanpassungen plädierte Franck für häufigere Anpassungsmöglichkeiten und schlug Änderungen im Zwei-Stunden-Takt vor.

Daniel Witzani-Haim von der Arbeiterkammer Wien bezeichnete die Begrenzung auf eine tägliche Preiserhöhung als sinnvollen ersten Schritt. In Kombination mit kartellrechtlichen Anpassungen könne dies Wirkung entfalten. Gleichzeitig stellte er die Frage nach weitergehenden Instrumenten wie Margenbegrenzungen oder Übergewinnsteuern. In Österreich werde derzeit an entsprechenden Regelungen gearbeitet. Mit Blick auf geopolitische Entwicklungen warnte Witzani-Haim vor einer möglichen weiteren Verschärfung der Energiekrise. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Bund öffnet Schatulle für Tübinger Großwärmepumpe



Wärmebaustelle in Tübingens Altstadt. Quelle: Stadtwerke Tübingen / Jaeger

WÄRME. Viel Geld vom Bund: Die Stadtwerke Tübingen müssen den Bau ihrer Großwärmepumpe nicht allein aus eigenen Mitteln finanzieren. Berlin schickt einen Scheck von über 23 Millionen Euro.

Der Weg zur grünen Wärme ist lang, auch in Tübingen. Und er ist mit enormen Ausgaben gepflastert: Der Versorger in der Universitätsstadt geht von hunderten Millionen Euro an Investitionen aus. Da kommt eine Finanzspritze aus Berlin gerade recht.

23 Millionen Euro fließen nun aus der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) an den Neckar. Das teilen die Stadtwerke Tübingen (SWT) mit. Gedacht ist das Geld zur Co-Finanzierung einer Großwärmepumpe, die ihren Platz am Klärwerk finden soll. Wie der Versorger aus Baden-Württemberg weiter erklärt, könnten mit der Wärmepumpe verbundene Ausschreibungen und Detailplanungen nun noch in diesem Jahr erfolgen. Die entstehende Anlage bezeichnet SWT-Geschäftsführer Ortwin Wiebecke in der

Mitteilung als „eines der großen Meilenstein-Projekte“ der Wärmewende. Mit den Bauarbeiten wollen die Stadtwerke möglichst 2028 starten, die erste Ausbaustufe soll 2030 in Betrieb gehen.

Für die Übergangszeit investiert das Unternehmen flankierend in ein Heizwerk, das mit einer Leistung von 20 MW Spitzenlast-Dienste übernehmen soll. Es arbeitet mit Erdgas und kann bis zum Einsatz der Großwärmepumpe weitere Gebiete Tübingens an das Fernwärmenetz anschließen.

Später ist lediglich noch eine Reserverolle für das Heizwerk vorgesehen, das in Phasen hohen Fernwärmebedarfs – und zu anderen Zeiten entsprechend seltener – zum Einsatz kommen soll. Das Fernwärme-Konzept besteht noch aus weiteren Puzzlestücken: So ist seit Herbst 2025 ein Solarthermiefeld am Netz und im Sommer 2024 schlugen die SWT eine Brücke zwischen Fernwärmeteilnetzen – unter dem Neckar hindurch. // VON VOLKER STEPHAN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Von der Leyen will 30 Milliarden für grüne EU-Industrie



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

KLIMASCHUTZ. Beim EU-Gipfel geht der Streit um das Emissionshandelssystem weiter. Milliarden-Einnahmen daraus will die EU-Kommissionspräsidentin in die Industrie stecken.

Um die grüne Wende voranzutreiben, will EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Industrie mit rund 30 Milliarden Euro aus den Einnahmen des Treibhausgas-Emissionshandels (ETS) unterstützen. Bei einem Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs schlug die Politikerin einen sogenannten ETS-Investitionsbooster vor, um Investitionen in saubere Technologie zu fördern.

Der Topf solle durch den Verkauf von ETS-Zertifikaten finanziert werden, sagte sie im Anschluss an das Treffen in Brüssel. Vor allem Mitgliedstaaten mit niedrigerem Einkommen sollen ihr zufolge einen Zugang zu dem Geld erhalten.

Streit um ETS geht weiter

Im Streit um die Zukunft des Emissionshandelssystems gab es jedoch bei dem Gipfeltreffen keine greifbaren Ergebnisse. Länder wie Polen fordern weiterhin Lockerungen, Länder wie Spanien bestanden auch am Ende der Gespräche am späten Abend noch darauf, am derzeitigen Vorgehen festzuhalten. Deutschland hatte sich zuletzt für leichte Anpassungen ausgesprochen – etwa bei der Festlegung, wie viele kostenlose Zertifikate Industrieanlagen bekommen können.

Mit einer geplanten Überprüfung des Systems der EU-Kommission bis Ende Juli solle einhergehen, dass der CO₂-Preis ein stabileres Preisniveau erreiche und so die Auswirkungen auf die Strompreise abgemildert werden, heißt es in einer gemeinsamen Abschlusserklärung der Staats- und Regierungschefs. Vor allem in Krisenzeiten schwankt der CO₂-Preis, weil er zu großen Teilen von Angebot und Nachfrage bestimmt wird.

Mehrere Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise geplant

Beim Emissionshandelssystem müssen bestimmte Unternehmen Zertifikate für den Ausstoß klimaschädlicher Gase erwerben. Teile der Industrie kritisieren das System unter anderem wegen dadurch steigender Produktionskosten, die den Wettbewerb mit Firmen außerhalb der EU erschwerten.

Generell sind die EU-Spitzen sich einig, dass es angesichts der steigenden Öl- und Gaspreise infolge des Iran-Kriegs dringenden Handlungsbedarf gebe, die Kosten für Unternehmen und Verbraucher zu senken. Die Kommission solle unverzüglich gezielte Maßnahmen vorlegen, heißt es in der Erklärung. Als Stellschrauben zur Kostendrückung der Strompreise gelten neben den CO₂-Kosten etwa mögliche Subventionen oder eine Preisdeckelung, das Anfassen von Steuern, Abgaben und Netzentgelten sowie die Nutzung staatlicher Beihilfen. // [VON DPA](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Shutterstock / VladSV

Versorgungsausfälle bis zu 48 Milliarden kWh kompensierbar

GAS. Die deutsche Gasversorgung ist technisch abgesichert, jedoch anfällig für Preisschocks. Das macht der aktuelle „Energiewendeindex“ der Unternehmensberatung McKinsey deutlich.

An Handlungsspielraum im Fall von Lieferausfällen fehlt es nicht. Deutschland könnte 34 bis 48 Milliarden kWh Gas pro Monat kompensieren. Zu diesem Ergebnis kommt die Beratungsgesellschaft McKinsey in ihrem „Energiewendeindex“ für März. Allerdings: „Auch wenn eine Kompensation grundsätzlich technisch möglich ist – die preislichen und wirtschaftlichen Risiken sind hoch“, kommentiert Fridolin Pflugmann, Co-Autor der Studie, den Befund.

Er und seine Kollegen blicken in der Kompensationsrechnung auf den nächsten Winter. Sie zählen vier Optionen auf: Zusätzliche 2 bis 6 Milliarden kWh pro Monat seien mit Pipeline-Importen realisierbar. Weitere 5 bis 10 Milliarden kWh könnten pro Monat durch zusätzliche LNG-Beschaffung ins Land kommen. Monatlich rund 15 Milliarden kWh ließen sich über einen Zeitraum von bis zu fünf Monaten durch eine über die reguläre Nutzung hinausgehende Speicherentnahme verfügbar machen – entsprechende Speicherbefüllung im Sommer vorausgesetzt. Hinzu kommen könnten Einsparungen auf der Nachfrageseite. Dieses Potenzial beziffern die Studienautoren auf 12 bis 17 Milliarden kWh.

Wirtschaftliche Risiken sehen sie vor allem in möglichen Preissteigerungen. Der Preiseffekt infolge zusätzlicher LNG-Beschaffung würde stark von Umfang, Dauer und Reichweite des Ausfallszenarios abhängen, heißt es in dem Papier. „Bei einem geringfügigen Ausfallszenario – vergleichbar den norwegischen Anlageausfällen für eine Woche im Juni 2024 – stieg der TTF-Monats-Futurepreis kurzfristig um 3 Euro/MWh.“

Für die zusätzliche LNG-Nachfrage von bis zu 10 Milliarden kWh im Monat über einen Zeitraum von bis zu fünf Monaten könnte nach Analyse von McKinsey ein Aufpreis von mehr als 5 Euro/MWh erforderlich sein. „Unter der Annahme eines zu 80 Prozent hub-indexierten deutschen Gasmarktes wäre so mit einem Gaspreisanstieg von rund 4 Euro/MWh zu rechnen.“

Ein Drittel der Industriestrompreis-Subvention

Den Effekt auf die Stromkosten der Industrie taxieren die Autoren auf Basis von Eckdaten aus dem Jahr 2024. Erdgas habe damals etwa 13 Prozent der Nettostromerzeugung ausgemacht, sei aber schätzungsweise 50 Prozent der Zeit preissetzend gewesen. „Geht man von einem gleichbleibenden Preissetzungsanteil und einem industriellen Stromverbrauch von 15 bis 20 Milliarden kWh pro Monat aus, würde der bezifferte Gaspreisanstieg über fünf Monate zu Strommehrkosten von 0,3 bis 0,4 Milliarden Euro für die deutsche Industrie führen“, schlussfolgern sie. Dies entspreche etwa einem Drittel der von der Bundesregierung geplanten Industriestrompreis-Subvention von 0,8 bis 1,5 Milliarden Euro pro Jahr.

Und das Ende der Fahnenstange ist damit womöglich nicht erreicht: „Zudem könnten Engpässe – wie wir in der Vergangenheit gesehen haben – auch zu Überreaktionen an den Märkten führen, mit schwer kalkulierbaren und noch höheren Kosten“, wird Pflugmann zitiert.

Die Studie identifiziert drei zentrale Handlungsfelder: einen verlässlichen Planungsrahmen für den künftigen Gasbedarf, eine breitere Diversifizierung der Lieferländer sowie Investitionen in resiliente Infrastruktur. „Ein resilienter Energiemarkt erfordert weit mehr als kurzfristige Ausgleichsmaßnahmen. Deutschland benötigt langfristige Lieferverträge, diversifizierte Bezugsquellen und eine klare, zukunftsgerichtete Infrastrukturplanung“, so Sebastian Overlack, ebenfalls Autor der Analyse.

Der aktuelle **Energiewendeindex von McKinsey** steht als kostenfreier Download bereit.

// VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Massive Kritik am Kraftstoffpaket



Quelle: Pixabay / Alexa

VERBÄNDE. Mehrere Branchenverbände kritisieren das Kraftstoffmaßnahmenpaket der Bundesregierung scharf. Sie fürchten rechtliche Risiken sowie negative Effekten auf Wettbewerb und Preise.

Das vom Bundeskabinett am 19. März beschlossene Kraftstoffmaßnahmenpaket stößt in der Mineralöl- und Tankstellenbranche auf breite Kritik. Laut den Verbänden en2x – Wirtschaftsverband Fuels und Energie, Allianz für Mobilität und Energie (afm+e), Bundesverband Freier Tankstellen und Unabhängiger Deutscher Mineralölhändler (bft) sowie Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland (MEW) führt das Vorhaben zu erheblicher Rechtsunsicherheit und wirft verfassungsrechtliche Fragen auf.

En2x bezweifelt, dass die geplanten Maßnahmen zu sinkenden Kraftstoffpreisen führen. Hauptgeschäftsführer Christian Küchen verweist darauf, dass Preisentwicklungen maßgeblich durch internationale Faktoren geprägt seien. Preisschocks infolge geopolitischer Krisen, etwa im Persischen Golf, ließen sich nicht durch staatliche Eingriffe in die Preisbildung ausgleichen. Ähnlich äußert sich Uniti Bundesverband Energie Mittelstand, der vor nicht erfüllbaren Erwartungen bei Verbrauchern warnt. Uniti-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn befürchtet: „Der Politikverdrossenheit würde damit Vorschub geleistet.“

Eher Preissteigerungen zu erwarten

Kern des Maßnahmenpakets ist unter anderem die Begrenzung von Preiserhöhungen an Tankstellen auf einmal täglich. Nach Einschätzung des BFT, der rund 530 mittelständische Unternehmen mit mehr als

2.800 Tankstellen vertritt, könnte diese Regelung gegenteilige Effekte haben. Hauptgeschäftsführer Daniel Kaddik erklärt, Tankstellen müssten Unsicherheiten im Tagesverlauf einkalkulieren und könnten daher Preisaufschläge vorsorglich höher ansetzen. Dies könne das durchschnittliche Preisniveau eher erhöhen als senken.

Zudem sehen die Verbände die Gefahr, dass sich Preisbewegungen stärker angleichen und der Wettbewerb geschwächt wird. Gerade freie Tankstellen, die etwa 20 Prozent des Marktes ausmachen, hätten laut BFT eine wichtige Funktion für den Wettbewerb vor Ort. Eingriffe in ihre Preissetzungsmöglichkeiten könnten insbesondere größere Anbieter begünstigen.

Kartellrecht überzogen

Kritisch bewerten die Organisationen auch geplante Änderungen im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Ein neuer Paragraf sieht vor, dass Unternehmen künftig nachweisen müssen, dass ihre Preise nicht unangemessen über den Kosten liegen. Aus Sicht der Verbände stellt dies eine Umkehr der Beweislast dar. Diese gehe mit umfangreichen Dokumentationspflichten einher und untergrabe die Rechtssicherheit.

Darüber hinaus sehen En2x, AFM+E, BFT und MEW Risiken in einer geplanten Anpassung der Missbrauchsaufsicht. Künftig könnten Maßnahmen gegen Unternehmen ergriffen werden, auch wenn diese kein eigenes Fehlverhalten zeigen, sondern lediglich Teil eines als gestört bewerteten Marktes sind. Laut den Verbänden würde dies grundlegende Prinzipien des Wettbewerbsrechts infrage stellen.

Das Bundeskartellamt habe in einer früheren Sektoruntersuchung zu Raffinerien und Kraftstoffhandel keinen eindeutigen Missbrauch festgestellt, betonen die Organisationen. Bereits bestehende Instrumente wie die Markttransparenzstelle für Kraftstoffe würden zudem für ausreichende Transparenz sorgen.

Neben rechtlichen Bedenken verweisen die Verbände auf strukturelle Ursachen der Preisentwicklung. Diese lägen vor allem in vorgelagerten Marktstufen wie dem Großhandel sowie in staatlichen Preisbestandteilen. BFT erinnert, dass mehr als die Hälfte des Dieselpreises und rund zwei Drittel des Benzinpreises auf Steuern, Abgaben und regulierungsbedingte Kosten entfallen.

Alternative Vorschläge

Vor diesem Hintergrund plädieren die Verbände für alternative Maßnahmen. Eine Entlastung der Verbraucher könne aus ihrer Sicht eher über steuerliche Anpassungen erreicht werden. Zudem regen sie an, CO₂-neutrale Kraftstoffe steuerlich stärker zu berücksichtigen und temporäre Entlastungsmechanismen in Krisenzeiten zu prüfen.

Angesichts des beschleunigten Gesetzgebungsverfahrens kündigen die Verbände an, den weiteren politischen Prozess eng zu begleiten. Ziel sei es, auf aus ihrer Sicht notwendige Anpassungen hinzuweisen und die Auswirkungen auf Wettbewerb und Versorgungssicherheit in die Debatte einzubringen. Die Bundesregierung will das Paket noch vor Ostern durch die Gesetzgebung bringen.

Die [Uniti-Stellungnahme zum Kraftstoffmaßnahmenpaket](#) steht als PDF zum Download bereit.

// VON SUSANNE HARMSSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [!\[\]\(2644880428d95a4203ef0ba60cd1b089_img.jpg\)](#) [!\[\]\(ca0b33c8ee1e832b706bb06ef6b3e72c_img.jpg\)](#) [!\[\]\(4f305a70bc6176d4a65a8282faeff5b0_img.jpg\)](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Erdgasleitung zu LNG-Terminal genehmigt



Quelle: LBEG

GAS. Die zuständige Behörde in Niedersachsen hat einen weiteren Planungsabschnitt für eine Erdgasleitung zum noch geplanten LNG-Terminal in Stade durchgewunken.

Der Bau und Betrieb der Erdgastransportleitung „ETL 179.200 Bützfleth – Deinste“ ist endgültig genehmigt. Das niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) hat nach einem rund einjährigen Prüfprozess den Planfeststellungsbeschluss erlassen. Damit kann die Leitung gebaut werden. Sie soll das geplante landbasierte LNG-Terminal in Stade an das Fernleitungsnetz der Gasunie und damit an die nordwesteuropäische Gasinfrastruktur anschließen.

Nach Angaben des LBEG dient das Vorhaben der Versorgungssicherheit, indem das bestehende Fernleitungsnetz verstärkt und ausgebaut wird. Hintergrund sind die zeitlichen Vorgaben aus dem Netzentwicklungsplan Gas 2022 bis 2032. Für einzelne Teilmaßnahmen hatte die Gasunie bereits vorab einen vorzeitigen Baubeginn beantragt. Diesen hatte die Behörde am 20. Oktober vergangenen Jahres unter Vorbehalt genehmigt. Mit dem nun vorliegenden Beschluss können sämtliche Bauarbeiten realisiert werden.

„Alle Zeichen bei der ETL 179.200 stehen jetzt auf Bau – und das ist ein wichtiges Signal für die sichere Versorgung mit Energie in diesen unruhigen Zeiten“, sagt Britta van Boven, Geschäftsführerin von Gasunie Deutschland. Die Leitung werde zudem so ausgelegt, dass künftig auch Wasserstoff transportiert werden kann.

Die ETL 179.200 ist der zweite Abschnitt der Gesamtleitung ETL 179, die die Anbindung des LNG-Terminals bei Stade an das Fernleitungsnetz im Raum Deinste sicherstellen soll. Die ETL 179.200 ist rund 18 Kilometer lang. Zum Projekt gehören auch die Erweiterung und der Betrieb bestehender Anlagen. Auch temporäre Arbeitsflächen und Baustelleneinrichtungen sind Teil des genehmigten Vorhabens.

Die Leitung wird in einer Tiefe von mindestens einem Meter verlegt, in einzelnen Abschnitten auch bis zu fünf Metern. Der Bau erfolgt überwiegend in offener Grabenbauweise. Punktuell kommt eine geschlossene Bauweise zum Einsatz, um Eingriffe an der Oberfläche zu reduzieren, heißt es vonseiten des LBEG.

// VON STEFAN SAGMEISTER

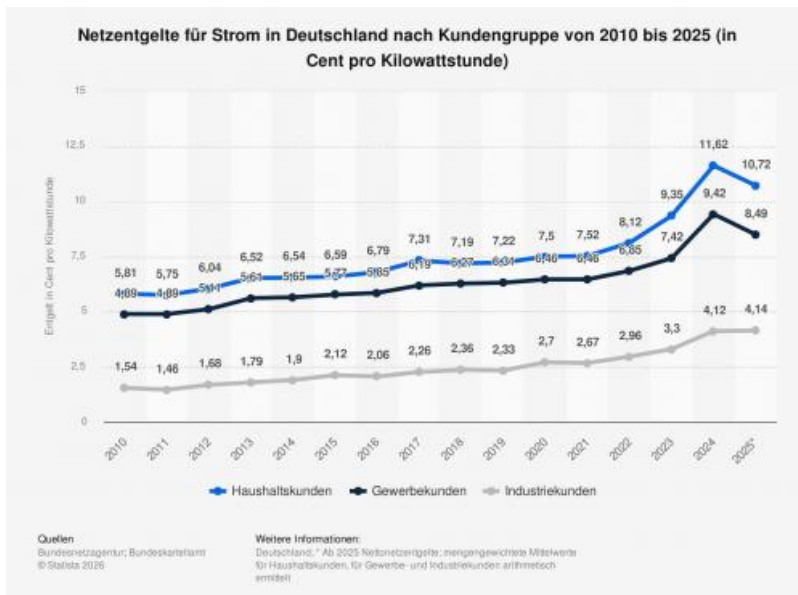
[^ Zum Inhalt](#)

Netzentgelte für Strom in Deutschland von 2010 bis 2025



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Zum 1. April 2025 zahlten Haushaltskunden für die Grundversorgung mit Strom im Durchschnitt 10,72 Cent pro Kilowattstunde (Nettobetrag) an Netzentgelt. Das Netzentgelt muss von allen Verbrauchern gezahlt werden und soll sie so an den Kosten der Netzbetreiber etwa für den Ausbau des Stromnetzes beteiligen. Die Netzentgelte variieren dabei regional und nach jeweiligem Betreiber. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Quelle: Fotolia / Miredi

Leitsystem soll weitgehende Automatisierung ermöglichen

STROMNETZ. Rhein Netz und Envelio entwickeln ein Leitsystem für die Niederspannung. Ziel ist ein stärker digitalisierter und automatisierter Netzbetrieb.

Rhein Netz, Tochtergesellschaft von Rheinenergie in Köln, und das Softwareunternehmen Envelio arbeiten gemeinsam an einem Leitsystem für die Niederspannung. Wie aus einer Mitteilung hervorgeht, soll damit der Netzbetrieb stärker digitalisiert und automatisiert werden, um den steigenden Anforderungen an die Verteilnetze zu begegnen.

Während Leitsysteme in höheren Spannungsebenen seit Jahren etabliert sind, gewinnt der Überwachungs- und Steuerungsbedarf in der Niederspannung zunehmend an Bedeutung. Grundlage der Kooperation ist die Intelligent Grid Plattform (IGP) von Envelio. Diese digitalisiere und automatisiere zentrale Prozesse, von der Anschlussprüfung über die Netzplanung und den Netzbetrieb bis zur Netzsteuerung. Damit schaffen die Partner nach eigenen Angaben die Basis für einen effizienten und zukunftssicheren Netzbetrieb.

Ein zentrales Element der Kooperation ist der sogenannte Plan-Ops-Ansatz. Dabei werden Planung und Betrieb eng miteinander verzahnt, indem Prozesse wie Anschlussprüfung, Netzplanung und Steuerung auf einer gemeinsamen Plattform zusammengeführt werden. Dies soll konsistentere und schneller umsetzbare Entscheidungen ermöglichen.

Stärker vorausschauender Ansatz

Nach Angaben von Rhein Netz soll das System unter anderem dazu beitragen, Netzanschlussanfragen automatisiert zu prüfen und zu verarbeiten und die strategische Netzplanung mithilfe von Szenarien weiterzuentwickeln. Im laufenden Betrieb könne das Leitsystem Schalthandlungen simulieren und deren Auswirkungen auf Auslastung und Versorgungssicherheit bewerten.

Darüber hinaus bildet ein digitaler Zwilling die Grundlage für weitergehende Automatisierungsschritte. So lasse sich etwa die Steuerung von Verbrauchseinrichtungen gemäß §14a EnWG automatisiert umsetzen. Perspektivisch sei auch eine automatisierte Steuerung von Erzeugungsanlagen nach §9 EEG vorgesehen. Durch die weiterentwickelte Plattform soll es künftig ebenfalls möglich sein, „weitere regulatorische Treiber skalierbar umzusetzen“, wie es in der Mitteilung weiter heißt.

Aus Sicht der beteiligten Unternehmen soll die Kombination aus Digitalisierung, Automatisierung und integrierter Planung die Effizienz im Netzbetrieb erhöhen und die Integration neuer Anlagen erleichtern. Rhein Netz verfolgt dabei nach eigenen Angaben einen stärker vorausschauenden Ansatz, bei dem Netzentwicklung nicht nur auf akute Bedarfe reagiert, sondern langfristig geplant wird.

Die Kooperation umfasst verschiedene Anwendungen innerhalb der Plattform, darunter Werkzeuge für Netzanalysen, Monitoring, Engpassmanagement und Anschlussprozesse. Damit sollen zentrale Aufgaben in Planung und Betrieb künftig stärker standardisiert und digital unterstützt werden.

„Wir sind überzeugt, dass die Einführung eines produktiven Niederspannungsleitsystems und damit der Aufbau eines digitalen Zwillings nicht nur für uns als Netzbetreiber und unsere Kundschaft erhebliche Vorteile bringt, sondern sich letztlich auch positiv auf das Gelingen der Energiewende auswirkt“, erklärt Jan Patrick Linossier, Technischer Geschäftsführer der Rhein Netz. // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

„Battery Lab“ soll Technologietransfer in die Praxis beschleunigen



Berlins Wissenschaftssenatorin Ina Czyborra (3. v. li) und Wissenschaftler der drei am "Battery Lab" beteiligten Forschungseinrichtungen. Quelle: BAM

STROMSPEICHER. In Berlin startet eine neue Forschungsplattform für Batterietechnologien. Ziel ist es, Entwicklung und industrielle Anwendung enger zu verzahnen.

Mit dem „Berlin Battery Lab“ haben drei Forschungseinrichtungen eine gemeinsame Plattform zur Entwicklung und Erprobung neuer Batterietechnologien in Betrieb genommen. Beteiligt sind die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM), das Helmholtz-Zentrum Berlin (HZB) und die Humboldt-Universität zu Berlin (HU). Die Einrichtung soll insbesondere die Entwicklung rohstoffschonender Batterien mit Fokus auf Natrium-Ionen-Technologien vorantreiben und den Transfer in die industrielle Anwendung beschleunigen, wie das BAM mitteilt.

In der neuen Forschungsinfrastruktur sollen Materialien entwickelt, Zellchemien untersucht und Batterieprototypen gefertigt werden. Das Labor stehe auch externen Partnern aus Wissenschaft und Industrie offen, heißt es. Ziel sei es, den Übergang von der Grundlagenforschung zur Anwendung zu verkürzen.

Die beteiligten Einrichtungen bringen komplementäre Kompetenzen ein. Die BAM arbeitet unter anderem zu Batteriesicherheit und Energiematerialien. Die HU forscht im Bereich Natrium-Ionen-Batterien. Das HZB verfügt über Erfahrung bei Lithium-Schwefel-Akkus und betreibt mit BESSY II eine Röntgenquelle zur Analyse batteriechemischer Prozesse.

Mit dem Battery Lab werden Grundlagenforschung, Materialentwicklung, Zellfertigung und Sicherheitstests an einem Standort zusammengeführt. Die Plattform soll eine Lücke zwischen Forschung und industrieller Umsetzung schließen. Insbesondere technologieorientierte Unternehmen und Start-ups sollen von den Kooperationsmöglichkeiten profitieren.

2,4 Millionen Euro aus europäischem Fonds

„Batterieforschung ist eine Schlüsseltechnologie in der High-Tech-Agenda. Das Berlin Battery Lab stärkt die technologische Souveränität Deutschlands, indem es Abhängigkeiten von kritischen Rohstoffen reduziert und die Resilienz zentraler Wertschöpfungsketten erhöht“, sagte die Berliner Wissenschaftssenatorin Ina Czyborra. Das Land Berlin stelle dem Battery Lab in den Jahren von 2026 bis 2028 rund 2,4 Millionen Euro zusätzlich aus dem „Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung“ (EFRE) zur Verfügung, sagte die SPD-Politikerin.

Ulrich Panne, Präsident der BAM, wies darauf hin, dass viele neue Batterietechnologien maßgeblich in Deutschland erforscht würden, aber nicht schnell genug den Weg in die Anwendung fänden. „Genau hier setzt das Berlin Battery Lab an: Wir bringen in Berlin Forschung, Entwicklung und Zellbau zusammen“, sagte Panne. // **VON MANFRED FISCHER**

[^ Zum Inhalt](#)

Repowering in Löberitz beginnt



Quelle: Fotolia / Felix brönnimann

WINDKRAFT ONSHORE. Mehr Strom aus weniger Anlagen soll ein Repowering-Projekt in Löberitz bringen. Auch die Kommunen sollen finanziell von dem Umbau des Windparks profitieren.

Im Windpark Löberitz bei Zörbig in Sachsen-Anhalt hat der Umbau eines älteren Standorts begonnen. Der Dresdner Projektentwickler VSB Deutschland ersetzt dort fünf Windenergieanlagen aus dem Jahr 2003 durch drei neue Anlagen. Nach Angaben des sachsen-anhaltischen Energieministeriums soll der Standort damit künftig rund 65,7 Millionen kWh Strom pro Jahr erzeugen. Rein rechnerisch entspreche das dem Jahresbedarf von rund 18.500 Drei-Personen-Haushalten.

Im Mittelpunkt des Vorhabens steht damit ein klassisches Repowering-Projekt. Statt einer größeren Zahl kleinerer Altanlagen setzt der Betreiber auf weniger, aber deutlich leistungsstärkere Technik. Die neuen Anlagen erreichen laut Ministerium jeweils 7,2 MW. Die bisherigen fünf Windräder kamen auf jeweils 0,85 MW. Auch die Dimensionen ändern sich deutlich. Die Nabenhöhe steigt von 74 auf 175 Meter. Die Rotorblätter werden 86 Meter lang. Die Gesamthöhe der Anlagen wächst damit auf 261 Meter.

VSB Deutschland entwickelt nach eigenen Angaben von Dresden aus Projekte für Windenergie, Freiflächen-Photovoltaik und Batteriespeicher. In Löberitz verbindet das Unternehmen den Austausch alter Windräder mit dem Ausbau des Standorts zu einem Hybridpark. Ergänzend zu den drei neuen Windenergieanlagen soll entlang der Autobahn A9 eine Freiflächen-Photovoltaikanlage mit knapp 20 MW entstehen. Perspektivisch plant VSB dort zudem einen Batteriespeicher.

Mehr Strom von gleicher Fläche

Das Ministerium und das Unternehmen begründen das Projekt vor allem mit einem höheren Stromertrag auf bereits genutzten Fläche. Für die Standortkommune hat das Projekt auch eine finanzielle Seite. Auf Grundlage des Akzeptanz- und Beteiligungsgesetzes des Landes erhalten Gemeinden bei neuen Windenergieanlagen verpflichtende Zahlungen.

Für den Windpark Löberitz nennt das Ministerium einen Mindestbetrag von 118.800 Euro pro Jahr. Dieser Wert ergibt sich aus 5.500 Euro je MW Nennleistung und Anlage. In Jahren mit höherem Ertrag kann die Zahlung darüber liegen. Laut Mitteilung soll auch die Stadt Bitterfeld zusätzliche Einnahmen erwarten, weil die geplante Photovoltaikanlage ebenfalls zum Vorhaben gehört.

Den erzeugten Strom will VSB über das Umspannwerk Salzfurkapelle ins öffentliche Netz einspeisen. Die Inbetriebnahme des repowerten Windparks ist für kommendes Jahr vorgesehen. Zunächst sollen im Frühjahr die alten Anlagen abgebaut werden. Danach folgt der Aufbau der neuen Technik.

// VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



PNE-Hauptsitz in Cuxhaven. Quelle: PNE

PNE-Prognose für 2026 höher als Analystenschätzungen

BILANZ. Der Cuxhavener Erneuerbaren-Projektierer PNE erwartet für das laufende Geschäftsjahr ein bereinigtes Ebitda von bis zu 140 Millionen Euro.

Positiver Ausblick auf das Geschäftsjahr 2026: Der börsennotierte Windpark- und Solarpark-Projektierer PNE prognostiziert ein um Sondereffekte bereinigtes Konzernergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) zwischen 110 und 140 Millionen Euro. Die Prognose liege oberhalb des Mittelwerts der aktuellen Analystenschätzungen, teilt das Unternehmen mit Sitz in Cuxhaven mit.

Das bereinigte Ebitda diene ab diesem Jahr als „führende finanzielle Kenngröße“ für die Unternehmensprognose, schreibt PNE. Die herausgerechneten Sondereffekte für 2026 beziffert das Management auf etwa 20 Millionen Euro.

Aufgrund des Ausmaßes der für die Geschäftstätigkeit relevanten politischen, wirtschaftlichen und regulatorischen Unsicherheiten sehe man derzeit davon ab, Prognosen oder Ziele für künftige Geschäftsjahre zu veröffentlichen, heißt es weiter.

Das Online-Portal Market Screener weist für PNE ein voraussichtliches Ebitda im Jahr 2026 in Höhe von 83,8 Millionen Euro aus. Die Ebitda-Prognose für 2025 liegt bei 48,44 Millionen Euro.

Projekte mit einer Gesamtleistung von 428 MW verkauft

Mitte Januar hatte PNE die Prognose für 2025 heruntergesetzt. Demnach geht der Vorstand von einem Konzern-Ebitda zwischen 45 und 60 Millionen Euro aus. Zuvor hatte er 70 bis 110 Millionen Euro angepeilt.

Als Hintergrund verwies das Unternehmen auf Wertberichtigungen in der Projektpipeline aufgrund wesentlich veränderter Bedingungen auf Auslandsmärkten im Ausland. „Bereinigt um die jetzt zu erwartenden Wertberichtigungen würde das Konzern-Ebitda 2025 zwischen 70 und 80 Millionen Euro und damit innerhalb der bisherigen Guidance liegen“, teilte der Vorstand am 14. Januar mit.

„Trotz dieser Wertberichtigungen hat die PNE AG ein operativ sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2025 hinter sich – das zeigt das bereinigte Ergebnis“, kommentierte CEO Heiko Wuttke. Im zurückliegenden Jahr seien Projekte mit einer Gesamtleistung von rund 428 MW in Deutschland und in den internationalen Märkten verkauft worden.

Die endgültigen Geschäftszahlen für das Jahr 2025 und den testierten Konzernabschluss hat PNE für den 26. März 2026 angekündigt. Das Jahr 2024 hatte der Erneuerbaren-Projektierer mit einem Verlust in Höhe von 13,4 Millionen Euro abgeschlossen. // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



ENERGIEJOBS

**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der
Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Englertechnik Erneuerbare Energien Energiemanagement

08152 93 11 88 www.energiejobs.online

Entega-Vorstand verlässt das Unternehmen



Quelle: Shutterstock / Nep0

PERSONALIE. Personalvorstand Andreas Niedermaier scheidet zum 30. Juni aus dem Vorstand der Entega AG aus.

Der langjährige Personalvorstand Andreas Niedermaier gibt seinen Posten beim Darmstädter Energieversorger Entega ab. Das teilte das Unternehmen mit. Der 63-Jährige gehört dem Vorstand der Entega seit dem 1. Oktober 2010 an und verantwortet die Ressorts Personal und Infrastruktur. Über seine Nachfolge will der Aufsichtsrat Mitte Mai entscheiden. Niedermaier ist nach Entega-Angaben seit 1980 im Unternehmen tätig und hat damit seine gesamte berufliche Laufbahn im Konzernumfeld der heutigen Entega AG verbracht. Er begann seine Karriere mit einer Ausbildung zum Zentralheizungs- und Lüftungsbauer, später machte er auch den Meistertitel in dem Bereich.

Zwischen 2000 und 2010 übernahm er verschiedene führende Funktionen in Mitbestimmungsorganen des Konzerns, zuletzt als Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der damaligen HSE AG, der Vorgängergesellschaft der Entega.

Der Vorstand des Darmstädter Energieversorgers besteht aktuell aus drei Mitgliedern. Thomas Schmidt hat zum 1. Januar 2026 den Vorsitz übernommen und verantwortet die strategische Ausrichtung des Unternehmens. Albrecht Förster ist für das Finanzressort zuständig. Niedermaier verantwortet Personal und Infrastruktur.



Andreas Niedermaier

Quelle: Entega

// VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

Ralf Libuda wird neuer Chef in Detmold



Quelle: Fotolia / sdecoret

PERSONALIE. Ralf Libuda wird neuer Geschäftsführer der Stadtwerke Detmold GmbH und übernimmt das Amt von Jörg Karlikowski, der den Übergang begleiten wird.

Der 56-jährige Diplom-Kaufmann Ralf Libuda wird zum 1. Juli die Alleingeschäftsführung der Stadtwerke Detmold GmbH übernehmen und damit die Nachfolge von Jörg Karlikowski antreten, teilte der Versorger am 20. März mit. Jörg Karlikowski (63) wird das Unternehmen noch bis Ende des Jahres begleiten und in dieser Zeit ausgewählte Projekte zum Abschluss bringen. Damit sei ein nahtloser Übergang in der Unternehmensführung sichergestellt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke Detmold Rainer Friedrich erklärte: „Wir freuen uns, dass wir den Nachfolgeprozess erfolgreich und mit einem einstimmigen Beschluss abschließen konnten.“ Gleichzeitig danke der Aufsichtsrat und die Arbeitnehmervertretung Jörg Karlikowski „ausdrücklich für seine Kooperation und die Sicherstellung des Wissenstransfers für diese anspruchsvolle Aufgabe“.

Karlikowski kam im Jahr 2017 von den Stadtwerken Wel zu den Dortmundern als Geschäftsführer. Dabei war Detmold für ihn bereits vertrautes Terrain. Von 1989 bis 1995 arbeitete er als stellvertretender Betriebsleiter bei den Stadtwerken Detmold. Von dort aus ging er als Technischer Geschäftsführer zu den Stadtwerken nach Rinteln, bevor er 2004 die Gesamtverantwortung für die Stadtwerke in Werl übernahm.

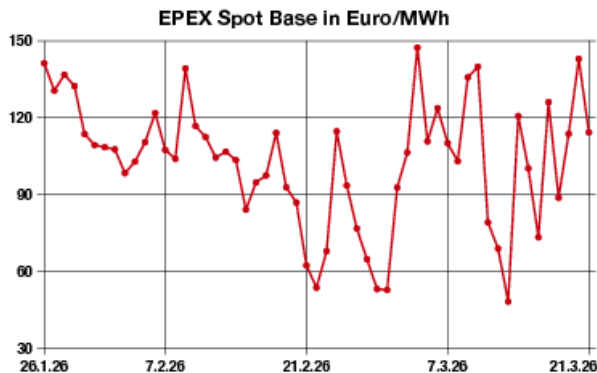
Ralf Libuda verfügt nach Auskunft der Stadtwerke Detmold über langjährige Erfahrung in der Leitung von Stadtwerken vergleichbarer Struktur ebenso wie von deutlich größeren Organisationen. Libuda war zuvor unter anderem mehr als zehn Jahre Geschäftsführer der Stadtwerke Gütersloh. Dort beendete er seine Geschäftsführungstätigkeit für die Gesellschaft und die Unternehmensgruppe der Stadtwerke Gütersloh

Ende November 2024. Das teilte die Stadtverwaltung Gütersloh damals mit. Libuda hatte den Aufsichtsrat darüber informiert, „sich bereits vor Ablauf seines Dienstvertrages neuen beruflichen Herausforderungen stellen zu wollen“, hieß es damals (wir berichteten). // [VON HEIDI ROIDER](#)

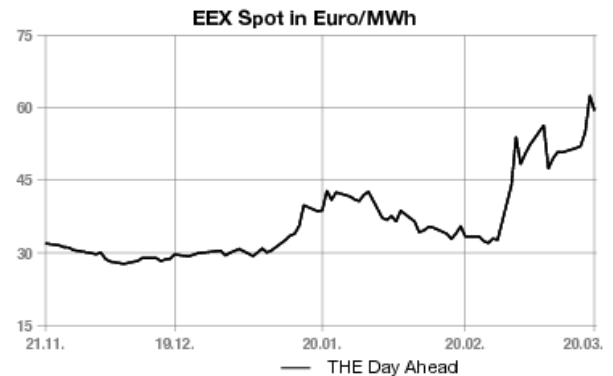
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



CO2-Anstieg überlagert schwächere Energiepreise



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Uneinheitlich haben sich am Freitag die Energiemärkte präsentiert. Gas, Kohle und Öl zeigten sich mit leichten Abgaben.

Ursächlich hierfür dürfte die Ankündigung der israelischen Regierung sein, auf weitere Bombardierungen der iranischen Gas- und Ölinfrastruktur zu verzichten. Das ist nicht zuletzt auch ein Signal an die Märkte, dass die aus den USA und Israel bestehende Koalition die globale Energieversorgung nicht vollkommen aus dem Auge verliert. CO2 präsentierte sich dagegen mit massiven Aufschlägen als klar wurde, dass Forderungen einiger Mitgliedsstaaten nach einer radikalen Reform des EU-ETS kein Gehör fanden. Strom wurde uneinheitlich gehandelt.

Strom: Uneinheitlich hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Freitag gezeigt. Händler führten die Preisbewegungen auf die verbesserten Preise für CO2 einerseits und auf leichtere Notierungen für Gas, Kohle und Öl andererseits zurück. Der Montag wurde im Base mit 135,00 Euro je Megawattstunde gesehen. Die Börsennotiz betrug 134,30 Euro je Megawattstunde. Am Donnerstag mussten für den Freitag selbst im außerbörslichen Handel 143,25 Euro in der Grundlast gezahlt werden. Händler führten den moderaten Preisrückgang von Freitag auf Montag auf die etwas höhere Erneuerbaren-Einspeisung zurück, die für den ersten Tag der neuen Arbeitswoche erwartet wird. Laut den Meteorologen von Eurowind sollen sich die Beiträge von Wind und Solar am Montag auf 16,2 Gigawatt belaufen gegenüber 15,5 Gigawatt am Freitag. Ab Dienstag ist Eurowind zufolge mit deutlich höheren Einspeisemengen insbesondere von Windstrom zu rechnen. Das längerfristig orientierte US-Wettermodell rechnet von Mitte der neuen Woche an für Deutschland zudem mit deutlich niedrigeren Temperaturen, wobei der Kältevorstoß bis in die ersten Apriltage anhalten soll.

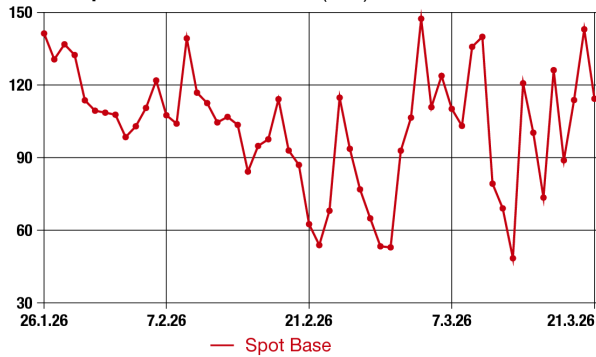
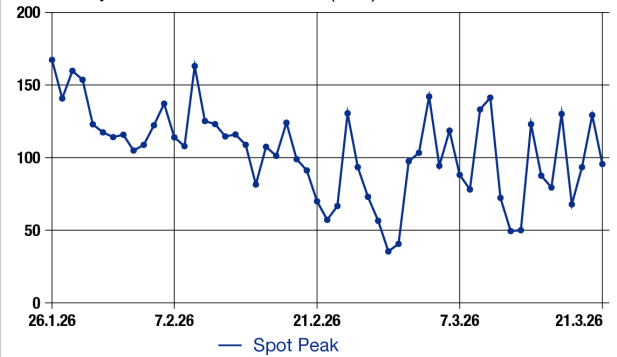
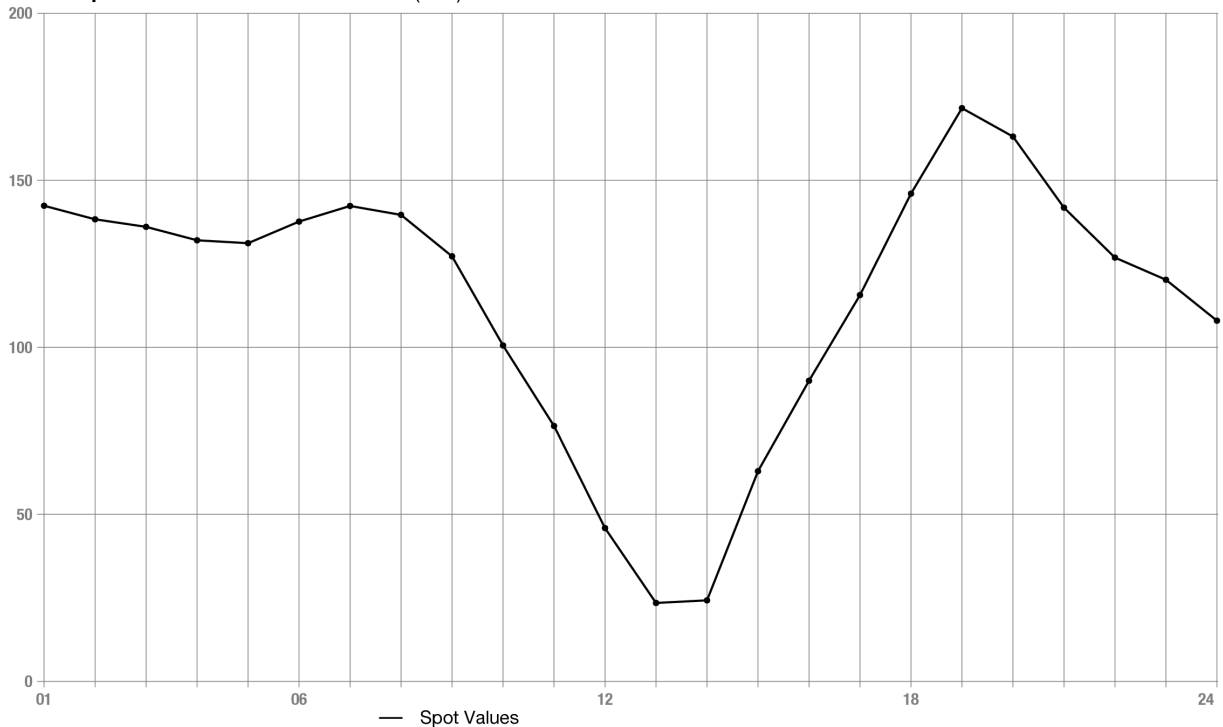
Am langen Ende des Strommarktes zeigte sich das Cal 27 unverändert mit 98,70 Euro je Megawattstunde.

CO2: Massiv fester haben sich die CO2-Preise zum Wochenausgang präsentiert. Der Dec 26 gewann bis gegen 14.45 Uhr 4,14 auf 67,83 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 36,6 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 69,80 Euro, das Tief bei 63,10 Euro. Händler führten die Aufschläge auf den Umstand zurück, dass die geplanten Änderungen am EU-ETS nun deutlich weniger drastisch ausfallen als von einigen Marktteilnehmern erwartet. Weitergehende Vorschläge, wie sie etwa von der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni geäußert wurden, sind damit vom Tisch. Dagegen hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Funktionalität des Systems betont.

Erdgas: Die europäischen Gaspreise haben am Freitag etwas nachgegeben. Bis gegen 15.00 Uhr verlor der Frontmonat April am niederländischen TTF um 1,545 auf 60,435 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE ging es für den Day-ahead um 1,145 auf 61,285 Euro je Megawattstunde nach unten. Ursächlich hierfür ist die Ankündigung Israels, von weiteren Angriffen auf die iranischen Gas- und Ölanlagen abzusehen. Der Markt ist angesichts der Schäden dabei, eine längerfristige Verknappung des LNG-Angebots einzupreisen, so die Analysten der ING. Auch die Erwartung eines großen LNG-Überschusses im kommenden Jahr erscheine mehr und mehr fraglich. Der Chef der Internationalen Energieagentur (IEA), Fatih Birol, hat unterdessen vor der möglicherweise schwersten Energiekrise der Geschichte gewarnt. Es könne bis zu sechs Monate dauern, die Öl- und Gasflüsse aus der Golfregion wiederherzustellen. „Es wird für einige Anlagen sechs Monate dauern, bis sie wieder betriebsbereit sind, für andere noch viel länger“, sagte Birol der Financial Times. Politiker und Märkte unterschätzten das Ausmaß der Störung.

// VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

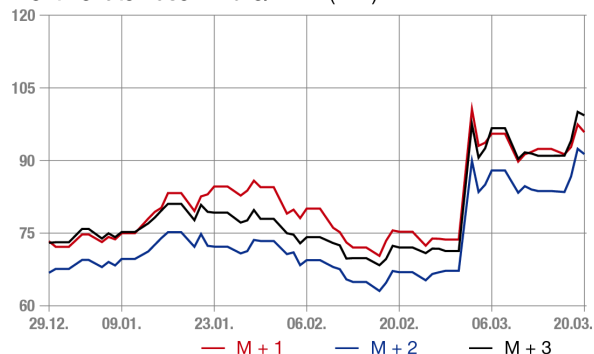
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	20.03.26	German Power Apr-2026	95,86
M2	20.03.26	German Power Mai-2026	91,33
M3	20.03.26	German Power Jun-2026	99,32
Q1	20.03.26	German Power Q2-2026	95,46
Q2	20.03.26	German Power Q3-2026	107,35
Q3	20.03.26	German Power Q4-2026	130,87
Y1	20.03.26	German Power Cal-2027	99,34
Y2	20.03.26	German Power Cal-2028	78,57
Y3	20.03.26	German Power Cal-2029	71,26

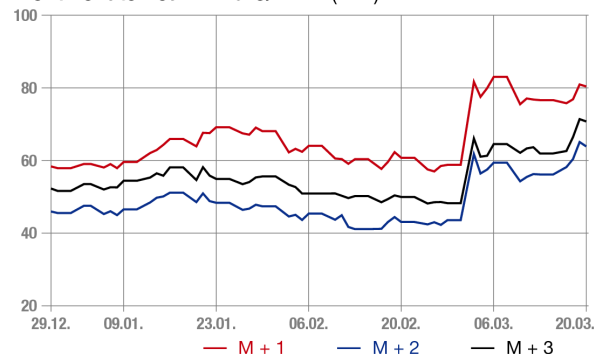
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	20.03.26	German Power Apr-2026	80,38
M2	20.03.26	German Power Mai-2026	63,88
M3	20.03.26	German Power Jun-2026	70,75
Q1	20.03.26	German Power Q2-2026	71,79
Q2	20.03.26	German Power Q3-2026	97,55
Q3	20.03.26	German Power Q4-2026	161,48
Y1	20.03.26	German Power Cal-2027	106,02
Y2	20.03.26	German Power Cal-2028	84,66
Y3	20.03.26	German Power Cal-2029	77,95

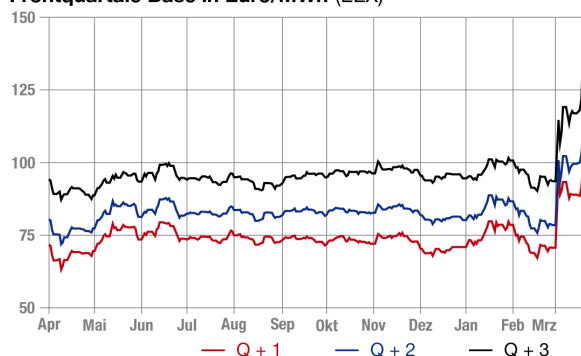
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



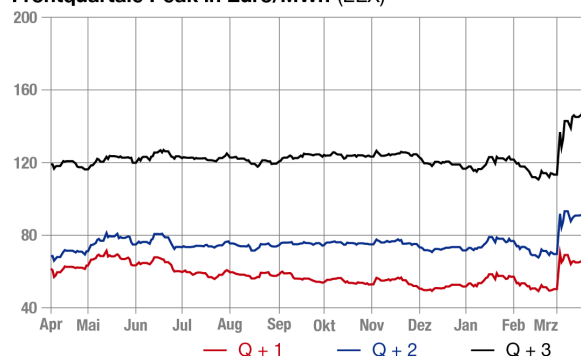
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



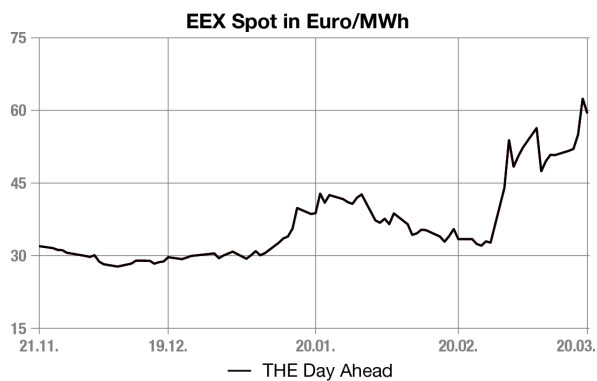
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



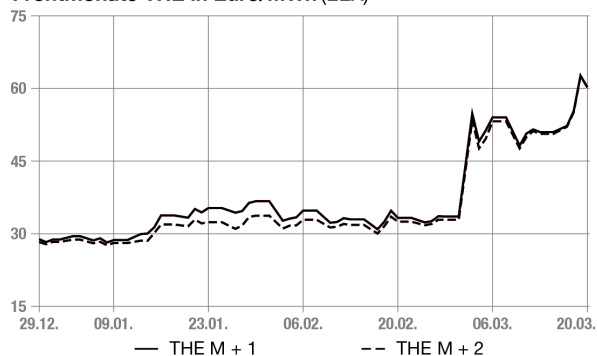
Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

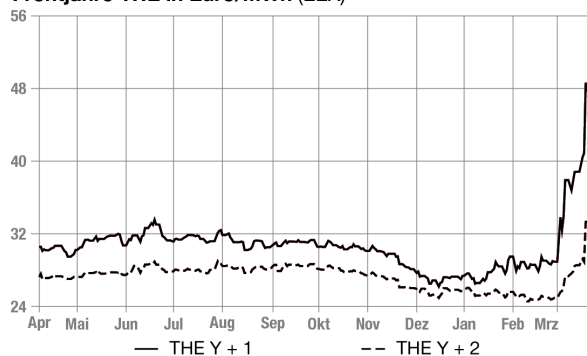
	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	20.03.26	German THE Gas Apr-2026	60,25
M2	20.03.26	German THE Gas Mai-2026	60,28
Q1	20.03.26	German THE Gas Q2-2026	60,44
Q2	20.03.26	German THE Gas Q3-2026	60,63
S1	20.03.26	German THE Gas Win-2026	60,42
S2	20.03.26	German THE Gas Sum-2027	44,40
Y1	20.03.26	German THE Gas Cal 2027	47,67
Y2	20.03.26	German THE Gas Cal 2028	33,36



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	20.03.26	114,33	EUR/MWh
Germany Spot peak	20.03.26	95,61	EUR/MWh
EUA Apr 2026	20.03.26	66,46	EUR/tonne
Coal API2 Apr 2026	20.03.26	128,80	USD/tonne

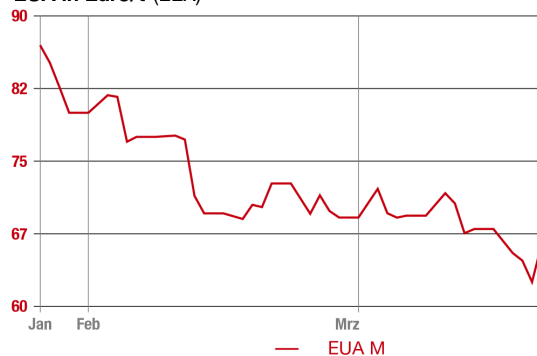
Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	20.03.26	59,41	EUR/MWh
German THE Gas Apr-2026	20.03.26	60,25	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	20.03.26	47,67	EUR/MWh
Crude Oil Brent Mai-2026	20.03.26	112,19	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Junior Geschäftsführer Energie (m/w/d)

(Junior) Geschäftsführer Energie (m/w/d) Arbeitsplatz Hybrid am Standort Mühlheim am Main

in Mühlheim am Main

27.02.2026



Geschäftsführer (M/W/D)

Strategieberatung sucht Geschäftsführer (M/W/D) zur Weiterentwicklung erneuerbarer Wärmeprojekt...

in Hamburg

27.01.2026

● Vorstand/Geschäftsführung ● Festanstellung / Angestellter ● Homeoffice / Weiterbildung /
Mobilitätzuschuss / Mitarbeitererevents



Ingenieur Elektrotechnik - Arbeitsschutz & Konzessionsmanagement Gas (m/w/d)

Für dich stehen Sicherheit und Innovation an erster Stelle? Für uns auch! Gemeinsam mit deinen Kolle...

in Deutschland

vor 2 h

● Freie Mitarbeit ● Weiterbildung / Kantine / Parkplatz / Betriebsarzt / Mitarbeitererrabatte



Fachkraft Garten- und Landschaftsbau (m/w/d) als Gruppenleitung - Studjo Bochum

Fachkraft Garten- und Landschaftsbau (m/w/d) als Gruppenleitung - Studjo Bochum Beginn: 01.02.20...

in Bochum

vor 2 h

● Ausbildung ● Weiterbildung



Projektleiter Leitungsbau Strom (m/w/d)

Die 100-prozentige Stadtwerke-Tochter Stadtwerke Karlsruhe Netzservice GmbH kümmert sich darum...

in Karlsruhe

vor 2 h

● Projektleitung ● Ausbildung / Freie Mitarbeit

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

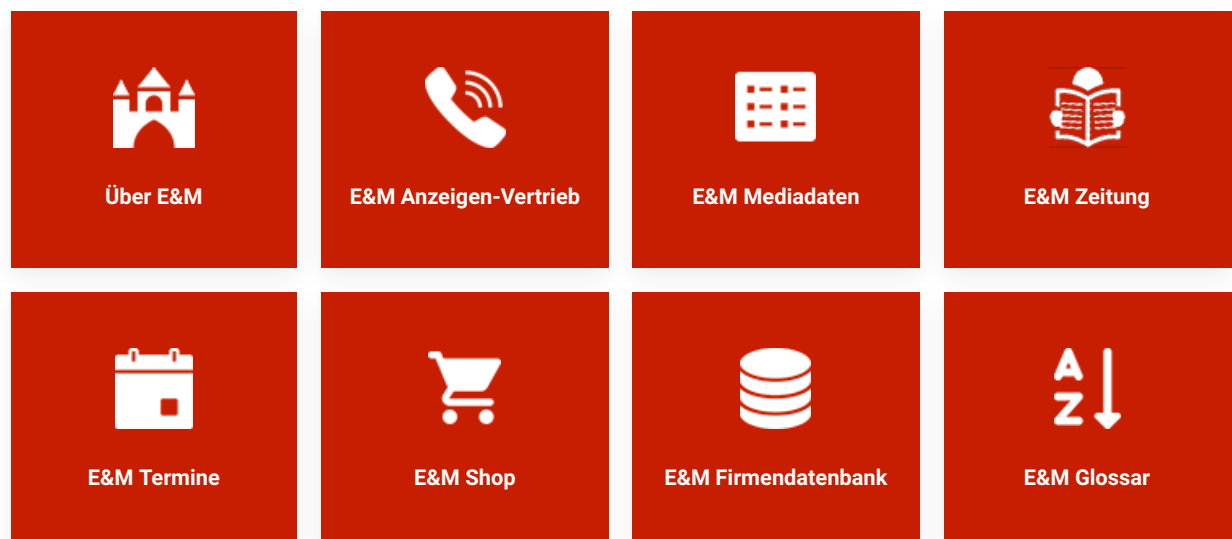
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

